

## Wahlsystem in den USA

Wahlen spielen *die* zentrale Rolle im politischen System der USA. Es gibt kaum ein anderes Land, in dem so viele öffentliche Ämter per Wahl besetzt werden wie in den Vereinigten Staaten. Amerikaner wählen ihren Präsidenten genauso wie ihre Gouverneure, Kongress- und Landtagsabgeordneten, die Mitglieder der Schulbezirksverwaltung, lokale Richter, Stadtratsmitglieder oder den Vorsitzenden der örtlichen Stadtwerke. In vielen Bundesstaaten steht regelmäßig eine Fülle von Volksbegehren und Referenden zur Abstimmung, etwa über die Erhöhung des Mindestlohnes, das Verbot von Stammzellenforschung oder die Zulassung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Da die Bundesverfassung im Wesentlichen nur den groben gesetzlichen Rahmen vorgibt, der dann von den Einzelstaaten ausgefüllt wird, existiert eine verwirrende Vielfalt von Wahlen und Wahlprozeduren auf allen Ebenen des politischen Systems.

Wahlen gelten in der westlichen Welt gemeinhin als der ursprünglichste Ausdruck des Volkswillens. In den USA sind Demokratie und Wahlen jedoch mehr als nur ein wichtiges Element zur politischen Partizipation von Bürgern. Das Recht auf Wahlen und politische Teilhabe sind Teil der Gründungsgeschichte der Nation. Sie verkörpern bis heute den Kern des Modells Amerika, eines Modells,

das sich in deutlicher Abgrenzung zu den autoritären Staatsformen im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts herausbildete. Für die Gründungsväter der amerikanischen Nation, allen voran George Washington, Thomas Jefferson und Alexander Hamilton, stellte der Zusammenschluss der Vereinigten Staaten von Amerika einen bewussten Gegenentwurf zu den Monarchien der Alten Welt dar.

Angeleitet von Ideen der Aufklärung und von Vordenkern wie Charles de Montesquieu und John Locke wagten die Gründer der USA ein demokratisches Experiment, das es in dieser Form bis dato noch nicht gegeben hatte. Sie führten nicht nur eine striktere Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative ein, sondern sie knüpften die große Mehrzahl der politischen Ämter direkter als zuvor an den Volkswillen. Das Instrument dieser Verknüpfung zwischen politischen Eliten und Bürgern: Wahlen.

### Ausweitung des Wahlrechts

Die Geschichte der Wahlen in den USA ist jedoch auch eine Geschichte von Ausschluss und Ausgrenzung. In der Tat hatte zu Beginn der Republik nur ein geringer Prozentsatz von Menschen überhaupt das Recht auf

### M1 Amtseinsetzung von Präsident George Washington 1789, zeitgenössisches Gemälde



© ullstein bild, Berlin (Granger Collection)

eine Stimmabgabe. Das Wahlrecht war bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts lediglich weißen Männern aus der Mittel- und Oberschicht der Gesellschaft vorbehalten. Frauen und Sklaven waren kategorisch von der Teilhabe an Wahlen ausgeschlossen. Diese Barrieren bauten sich erst nach und nach ab.

Als erstes fiel die Beschränkung des Wahlrechts basierend auf Status und Besitz. Auf Initiative der Pionierstaaten des Westens, die auf die Einführung des Gleichheitsgrundsatzes pochten, kam es im Laufe des 19. Jahrhunderts zur schrittweisen Aufhebung des Zensuswahlrechtes. Gleichheit hieß jedoch weiterhin nur Gleichheit für weiße Männer. Frauen fühlten sich in diesem, von Männern dominierten politischen System zunehmend bevormundet. Bereits 1848 trafen sich erste Frauenrechtlerinnen in Seneca Falls (New York) zu einer Konferenz, um die rechtliche und politische Benachteiligung der weiblichen Bevölkerung in den USA anzuprangern. Angeführt von den Aktivistinnen Elizabeth Cady Stanton, Lucretia Mott und Susan B. Anthony gab dieses Treffen den Anstoß für die Gründung der *American Woman Suffrage Association*, die mit Vehemenz das Wahlrecht für Frauen einforderte. Obwohl einige Einzelstaaten (beginnend mit Wyoming 1890) das Frauenwahlrecht noch vor dem Ersten Weltkrieg einführten, erhielten Frauen erst mit der Verfassungsänderung 1919 das uneingeschränkte Recht, sich an politischen Wahlen zu beteiligen.

Auch der schwarzen Bevölkerung der USA blieb das Wahlrecht lange verwehrt. Formal erhielten es Afro-Amerikaner mit dem 15. Verfassungszusatz, der 1870 verabschiedet wurde. Diese Verfassungsänderung war Teil der *Civil War Amendments*, die das Land nach dem erbitert geführten Bürgerkrieg der Jahre 1861-65 in eine neue Ära des Wiederaufbaus führen sollten. In dem 15. Verfassungszusatz hieß es: „*The right of citizens of the United States to vote shall not be denied or abridged by the United States or by any state on account of race, color, or previous condition of servitude.*“ Die Realität sah jedoch anders aus. Im Süden der USA, in dem zu dieser Zeit fast 90% der Afro-Amerikaner lebten, versuchten lokale Politiker, sich gegen diese Vorgaben zur Wehr zu setzen. Sie schufen einzelstaatliche Gesetze, die es vielen Schwarzen bis in die 1960er Jahre hinein praktisch unmöglich machten, an Wahlen teilzunehmen.

Einschüchterung von Schwarzen war das eine. Das andere waren Bestimmungen wie Kopfsteuern, Lesetests und Großvater-Klauseln. In vielen Südstaaten musste vor dem Gang an die Urne eine Kopfsteuer (*poll tax*) bezahlt werden. Sie betrug zum Teil bis zu drei Dollar, eine Summe, die sich viele arme Schwarze damals nicht leisten konnten (die aber auch viele arme Weiße von den Wahlen ausschloss). Tests, die Lese- und Textverständnis überprüften, stellten ein weiteres probates Mittel der Ausgrenzung dar, weil viele Schwarze keine oder nur eine geringe Schulbildung hatten. Zusätzlich führten

## **M2** Der Bürgerrechtler Martin Luther King führt am 7. März 1965 den legendären Protestmarsch in Selma, Alabama, an. Pressefoto



© Corbis, Disserdorf (Filip Schulke)

lokale Wahlbehörden die sog. Großvater-Klausel (*grandfather clause*) ein. Wahlberechtigt waren dieser Auslegung zufolge nur Bürger, deren Großväter schon das Wahlrecht inne gehabt hatten. Auch diese Regelungen bevorzugten eindeutig die weiße Bevölkerung, deren Vorfahren schon vor dem Bürgerkrieg zur Wahl gehen durften. Erst mit der Verabschiedung des *Voting Rights Act* 1964 hörte diese perfide Praxis der Diskriminierung auf. Das Gesetz, das auf Druck der Bürgerrechtsbewegung zustande kam, schaffte alle Einschränkungen ab und stellte bestimmte Wahlbezirke im Süden des Landes unter die Aufsicht des Justizministeriums in Washington, DC.

Heute ist jeder Amerikaner wahlberechtigt, der das 18. Lebensjahr vollendet hat. Die Wahlbeteiligung ist jedoch geringer als in anderen westlichen Industriestaaten. Sie liegt bei Präsidentschaftswahlen im Schnitt zwischen 50 bis 55%, an Kongresswahlen nehmen oft sogar nur ca. 40% der wahlberechtigten Bevölkerung teil. Einer der Hauptgründe für diese geringe Wahlbeteiligung ist ein vor geschaltetes Registrierungsverfahren. In den USA müssen sich Bürger selbst bei der Wahlbehörde ihres Bundesstaates registrieren lassen, um an Wahlen teilnehmen zu dürfen. Sie sind also nicht automatisch wahlberechtigt wie in Deutschland oder in anderen europäischen Staaten.

Wahlen gibt es auf allen Ebenen des politischen Systems der USA. Keine ist jedoch so bedeutend wie die Wahl des Präsidenten. Die Gründungsväter diskutierten lange im Verfassungskonvent (1787) darüber, ob und wie sie dieses Amt ausgestalten sollten. Von einer Art Wahlkönig, der auf Lebenszeit gewählt werden sollte, bis hin zu einem kollektiv geführten Exekutivgremium (ähnlich wie heute in der Schweiz) wurde die gesamte Bandbreite von Vorschlägen diskutiert. Man einigte sich schließlich auf das Amt eines Präsidenten, der für jeweils eine Wahlperiode von vier Jahren gewählt werden sollte. Im Sinne der auf Machtkontrolle und Machtbalance ausgerichteten Gewaltenteilung zwischen Präsident, Kongress und Gerichten (*checks and balances*), entschieden sich die Verfassungsgeber dagegen, den Präsidenten vom Parlament wählen zu lassen. Er sollte eine unabhängige Machtbasis haben, getragen vom Willen des Volkes.

### Ein Unikat: Electoral College

Allerdings war es den Gründern der Vereinigten Staaten zu suspekt, den Präsidenten direkt vom Volk wählen zu lassen. Die Idee erschien auch den aufgeklärten Reformern als zu radikal-demokratisch. Aus diesem Grund führten sie das Gremium des *Electoral College* ein; sie schufen damit die indirekte Wahl des Präsidenten. Das Konzept: Die Bevölkerung (anfänglich auch noch einige Landesparlamente) sollte in den einzelnen Bundesstaaten Wahlmänner bestimmen, die dann kollektiv zusammentraten, um den Präsidenten zu wählen. Mit diesem Kollegium von erfahrenen und umsichtigen Elektoren wollte man eine Art Schutzschicht einziehen zwischen

dem politischen Willen des Volkes und der Besetzung des höchsten Staatsamtes. Es garantierte zudem die ausgewogene Mitsprache aller Bundesstaaten.

Trotz aller Professionalität und Modernität der heutigen Präsidentschaftswahlkämpfe hat sich das formelle Verfahren zur Wahl des Präsidenten kaum verändert. Auch wenn uns die Medienberichterstattung oft suggeriert, dass der Präsident direkt vom Volk gewählt wird, so ist dies faktisch nicht der Fall. Es ist auch heute noch das *Electoral College*, das den Präsidenten wählt, auch wenn die Wahlmänner und Wahlfrauen moralisch, und zum Teil auch per Gesetz, an den Willen der Wähler in den einzelnen Bundesstaaten gebunden sind.

Dieses weltweit einmalige System des *Electoral College* schafft eine interessante Arithmetik. Jeder Bundesstaat hat eine unterschiedliche Zahl an Wahlmännern zu vergeben, die sich nach dessen Einwohnerzahl richtet. Kalifornien bekommt als bevölkerungsreichstes Bundesland beispielsweise 55 Elektoren, das dünn besiedelte Montana hingegen nur drei. Gewinnt ein Kandidat in einem Bundesstaat die Mehrheit der Stimmen, so werden ihm alle Wahlmänner dieses Staates zugesprochen. Das Prinzip heißt: *Winner-Takes-All*. Nehmen wir das Beispiel Kalifornien. Kandidat A gewinnt den Staat mit 51% der Stimmen gegen Kandidat B, der lediglich 49% erzielt. Trotz dieses knappen Sieges erhält Kandidat A alle 55 Wahlmänner zugesprochen, sein Herausforderer geht komplett leer aus, seine Stimmen in Kalifornien sind faktisch wertlos.

Der Gewinner der Präsidentschaftswahlen ist schließlich derjenige, der 270 plus X Wahlmännerstimmen auf sich vereinigen kann. Dieses Abstimmungsverfahren kann kurioserweise dazu führen, dass der Wahlsieger weniger nationale Wählerstimmen auf sich vereinigt als sein Herausforderer. So geschehen im Jahr 2000, als sich George W. Bush mit der hauchdünnen Mehrheit von 271 zu 266 im *Electoral College* gegen Al Gore durchsetzte, obwohl Gore landesweit fast 540 000 Wählerstimmen mehr als Bush erhalten hatte. Was zählte, war jedoch nur die Mehrheit der Elektorenstimmen. Und die konnte Gore nicht erreichen.

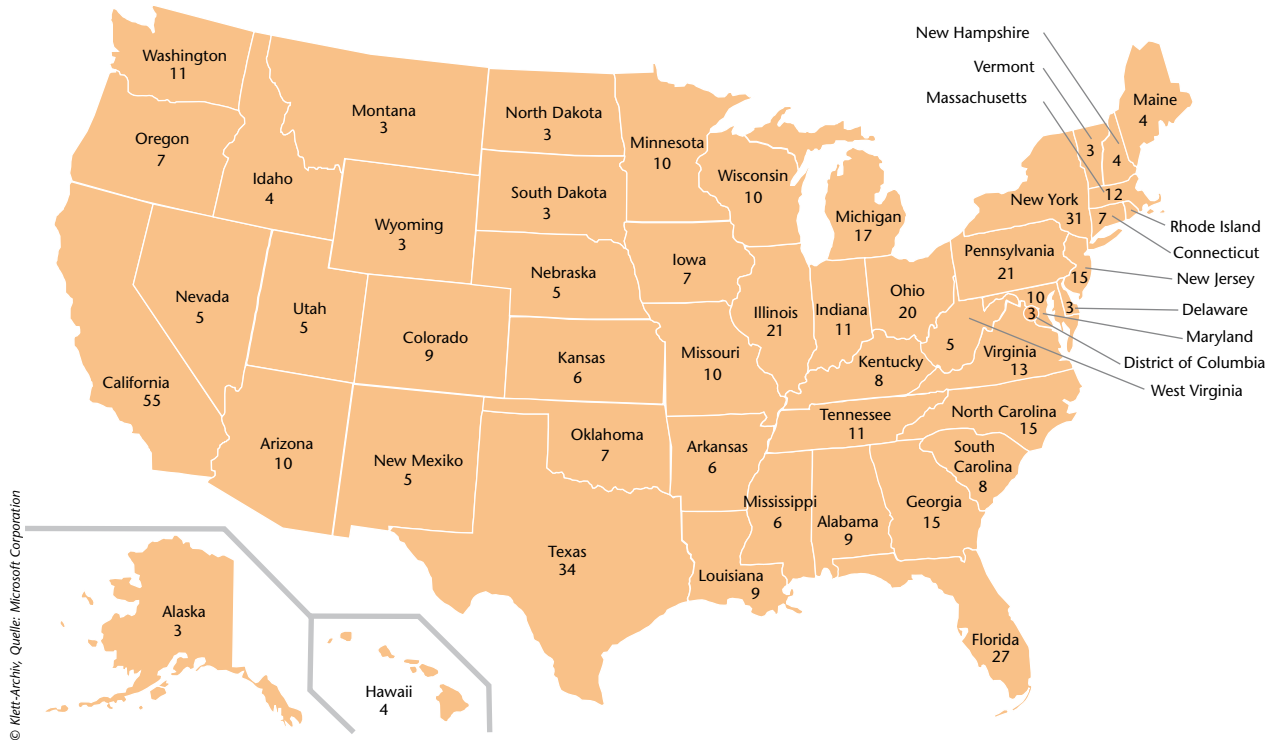
### Wahlkampf im 21. Jahrhundert

Heute hat der Präsidentschaftswahlkampf nur noch wenig mit den Abstimmungen der Gründerzeit der USA zu tun. Wahlkämpfe um das Präsidentenamt sind im 21. Jahrhundert minutiös geplante, geldintensive, auf den Kandidaten zentrierte Kampagnen, die sich über mehr als zwei Jahre hinziehen können. Zunächst müssen die Bewerber einen Marathon an parteiinternen Vorwahlen überstehen, bevor sie dann einen mehrmonatigen Hauptwahlkampf führen, in jeder Phase des Wahlkampfes gestützt auf eine professionelle (und teure) Kampagnenorganisation.

Die Jagd auf die Stimmenmehrheit im *Electoral College* führt dazu, dass sich der Wahlkampf auf die Staaten konzentriert, die einerseits viele Wahlmänner zu vergeben haben und in denen andererseits die Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Kandidaten voraussagen. Die Folge: Die Landkarte der USA wird ganz ökonomisch eingeteilt in Staaten, die nicht zu gewinnen sind und in Staaten, in denen sich der Wahlkampfauwand lohnt, dies sind die sogenannten *battleground sta-*

*tes*. Hier investieren die Kandidaten nahezu 100% ihrer Ressourcen. In diesen Staaten kommen die Methoden moderner Wahlkampfführung zum Einsatz: TV-Werbung, gezielte Postwurfsendungen, Telefonanrufe und Hausbesuche von freiwilligen Helfern. Das kostet allerdings erhebliche Summen an Geld. Ein durchschnittlicher Präsidentschaftswahlkampf kostet heute alles in allem über eine Milliarde Dollar.

**M3 Electoral College: Verteilung der 538 Wahlmänner der 50 Bundesstaaten**



**M4 Alexis De Tocqueville über die Demokratie in Amerika**

*Alexis De Tocqueville, französischer Aristokrat, politischer Denker und Politiker, schrieb eines der bedeutendsten Werke über die amerikanische Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Nach einer langen Reise durch das Land veröffentlichte er 1835 sein zweibändiges Werk Democracy in America. Es gilt bis heute als eines der besten und präzisesten Beschreibungen des frühen Amerika. In diesem Ausschnitt beschäftigt sich De Tocqueville (nicht ohne Bewunderung) mit dem politischen System der Vereinigten Staaten und dessen Rückgekoppeltheit an den Willen des Volkes.*

WHY IT CAN BE FIRMLY STATED THAT IN THE UNITED STATES IT IS THE PEOPLE WHO GOVERN  
In America the people appoint the lawmakers and the

executive; they form the jury which punishes breaches of the law. Not only are the institutions democratic in principle but also in their consequences; thus the people directly nominate their representatives and, as a general rule, choose them [...] so as to hold them more completely dependent. Therefore, in reality it is the people who rule. Although they have a representative government, it is quite clear that the opinions, bias, concerns, and even the passions of the people can encounter no lasting obstacles preventing them from exercising a day-to-day influence on the conduct of society. In the United States, as in any country ruled by the people, the majority governs in the name of the people.

*Alexis de Tocqueville, 2003, Democracy in America and Two Essays on America, Penguin Books, London, S. 201f.*

### M5 Seneca Falls Convention: The Declaration of Sentiments

Im Juli 1848 trafen sich mehr als 200 Aktivisten (darunter 40 Männer) zu einer Konferenz in Seneca Falls (New York), auf der die Missstände der Frauen in den USA öffentlich angeprangert wurden. Initiiert von Elizabeth Cady Stanton und Lucretia Mott diskutierten die Teilnehmer kontrovers über die Rolle der Frau in der amerikanischen Gesellschaft und stellten im Rahmen der Declaration of Sentiments politische Forderungen auf. Diese Erklärung war angelehnt an die Declaration of Independence und beinhaltete die bis dato radikale Forderung nach Einführung des Wahlrechts für Frauen. Der Vorschlag war so kontrovers, dass es selbst unter den Teilnehmern der Konferenz ablehnende Stimmen gab. Die Forderung wurde nur mit knapper Mehrheit in das Dokument aufgenommen. Die Declaration of Sentiments gilt als eines der Gründungsdokumente der Frauenbewegung in den USA.

The history of mankind is a history of repeated injuries and usurpations on the part of man toward woman, having in direct object the establishment of an absolute tyranny over her. To prove this, let facts be submitted to a candid world.

He has never permitted her to exercise her inalienable right to the elective franchise.

He has compelled her to submit to laws, in the formation of which she had no voice.

He has withheld from her rights which are given to the most ignorant and degraded men – both natives and foreigners.

Having deprived her of this first right of a citizen, the elective franchise, thereby leaving her without representation in the halls of legislation, he has oppressed her on all sides.

He has made her, if married, in the eye of the law, civilly dead.

He has taken from her all right in property, even to the wages she earns.

[...] In the covenant of marriage, she is compelled to promise obedience to her husband, he becoming, to all intents and purposes, her master – the law giving him power to deprive her of her liberty, and to administer chastisement.

After depriving her of all rights as a married woman, if single, and the owner of property, he has taxed her to support a government which recognizes her only when her property can be made profitable to it. [...]



© Corbis, Disselhorf (Bettmann)

### M6 Elizabeth Cady Stanton (1815–1902), Frauenrechtlerin, Foto ca. 1880.

He has endeavored, in every way that he could, to destroy her confidence in her own powers, to lessen her self-respect, and to make her willing to lead a dependent and abject life.

Now, in view of this entire disfranchisement of one-half the people of this country, their social and religious degradation--in view of the unjust laws above mentioned, and because women do feel themselves aggrieved, oppressed, and fraudulently deprived of their most sacred rights, we insist that they have immediate admission to all the rights and privileges which belong to them as citizens of the United States.

Elizabeth Cady Stanton, 1889, *A History of Woman Suffrage*, Band 1, Fowler and Wells, Rochester, N.Y., S. 70f.

**M7 Lyndon B. Johnson: "The American Promise", Rede an den Kongress am 15. März 1965**

*Präsident Lyndon B. Johnson hielt diese Rede vor dem Kongress, um für die Verabschiedung des umstrittenen Voting Rights Act zu werben. Nur wenige Tage zuvor hatten Sicherheitskräfte in Selma, Alabama, friedliche Demonstranten, die für das uneingeschränkte Wahlrecht der Schwarzen protestieren wollten, brutal attackiert. Diese Ausschreitungen gaben den Anstoß für viele Politiker, die diskriminierenden Wahlgesetze im Süden der USA per Bundesgesetz abzuschaffen und den 15. Verfassungszusatz durchzusetzen, der den Schwarzen eigentlich schon seit 1870 das uneingeschränkte Wahlrecht zugesprochen hatte.*

I speak tonight for the dignity of man and the destiny of Democracy. I urge every member of both parties, Americans of all religions and of all colors, from every section of this country, to join me in that cause.

5 At times, history and fate meet at a single time in a single place to shape a turning point in man's unending search for freedom. [...] So it was last week in Selma, Alabama. There, long suffering men and women peacefully protested the denial of their rights as Americans.  
10 Many of them were brutally assaulted. One good man – a man of God – was killed.

There is no cause for pride in what has happened in Selma. There is no cause for self-satisfaction in the long denial of equal rights of millions of Americans.

15 But there is cause for hope and for faith in our Democracy in what is happening here tonight. For the cries of pain and the hymns and protests of oppressed people have summoned into convocation all the majesty of this great government – the government of the greatest nation on earth. Our mission is at once the oldest  
20 and the most basic of this country – to right wrong, to do justice, to serve man. In our time we have come to live with the moments of great crises. Our lives have been marked with debate about great issues, issues of  
25 war and peace, issues of prosperity and depression.

But rarely in any time does an issue lay bare the secret heart of America itself. Rarely are we met with a challenge, not to our growth or abundance, or our welfare or our security, but rather to the values and the purposes and the meaning of our beloved nation. The  
30 issue of equal rights for American Negroes is such an issue. And should we defeat every enemy, and should we double our wealth and conquer the stars, and still be unequal to this issue, then we will have failed as  
35 a people and as a nation. For, with a country as with a person, „what is a man profited if he shall gain the whole world, and lose his own soul?“

There is no Negro problem. There is no Southern problem. There is no Northern problem. There is only an  
40 American problem.

And we are met here tonight as Americans – not as Democrats or Republicans; we're met here as Americans to solve that problem. This was the first nation in the history of the world to be founded with a purpose.

The great phrases of that purpose still sound in every American heart, North and South: „All men are created equal.“ „Government by consent of the governed.“ „Give me liberty or give me death.“ And those are not just clever words, and those are not just empty theories. In their name Americans have fought and died for two  
50 centuries and tonight around the world they stand there as guardians of our liberty risking their lives. Those words are promised to every citizen that he shall share in the dignity of man. This dignity cannot be found in a man's possessions. It cannot be found in his power or  
55 in his position. It really rests on his right to be treated as a man equal in opportunity to all others. It says that he shall share in freedom. He shall choose his leaders, educate his children, provide for his family according to his ability and his merits as a human being. [...]

60 Many of the issues of civil rights are very complex and most difficult. But about this there can and should be no argument: every American citizen must have an equal right to vote. There is no reason which can excuse the denial of that right. There is no duty which  
65 weighs more heavily on us than the duty we have to insure that right. Yet the harsh fact is that in many places in this country men and women are kept from voting simply because they are Negroes.

Every device of which human ingenuity is capable, has  
70 been used to deny this right. The Negro citizen may go to register only to be told that the day is wrong, or the hour is late, or the official in charge is absent. And if he persists and, if he manages to present himself to the registrar, he may be disqualified because he did not  
75 spell out his middle name, or because he abbreviated a word on the application. And if he manages to fill out an application, he is given a test. The registrar is the sole judge of whether he passes this test. He may be  
80 asked to recite the entire Constitution, or explain the most complex provisions of state law.

And even a college degree cannot be used to prove that he can read and write. For the fact is that the only way to pass these barriers is to show a white skin. Experience has clearly shown that the existing process of law  
85 cannot overcome systematic and ingenious discrimination. No law that we now have on the books, and I have helped to put three of them there, can insure the right to vote when local officials are determined to deny it. In such a case, our duty must be clear to all of  
90 us. The Constitution says that no person shall be kept from voting because of his race or his color.

We have all sworn an oath before God to support and to defend that Constitution. We must now act in obedience to that oath. Wednesday, I will send to Congress  
95 a law designed to eliminate illegal barriers to the right to vote. The broad principles of that bill will be in the hands of the Democratic and Republican leaders tomorrow. After they have reviewed it, it will come here formally as a bill. I am grateful for this opportunity to  
100 come here tonight at the invitation of the leadership to reason with my friends, to give them my views and to visit with my former colleagues. [...]

105 This bill will establish a simple, uniform standard  
 which cannot be used, however ingenious the effort,  
 to flout our Constitution. It will provide for citizens  
 to be registered by officials of the United States Go-  
 vernment, if the state officials refuse to register them.  
 110 It will eliminate tedious, unnecessary lawsuits which  
 delay the right to vote. Finally, this legislation will in-  
 sure that properly registered individuals are not prohi-  
 bited from voting. I will welcome the suggestions from  
 all the members of Congress – I have no doubt that I  
 will get some – on ways and means to strengthen this  
 115 law and to make it effective.

But experience has plainly shown that this is the only  
 path to carry out the command of the Constitution.

To those who seek to avoid action by their national  
 government in their home communities, who want to  
 and who seek to maintain purely local control over 120  
 elections, the answer is simple: open your polling  
 places to all your people. Allow men and women to re-  
 gister and vote whatever the color of their skin. Extend  
 the rights of citizenship to every citizen of this land.  
 There is no Constitutional issue here. The command 125  
 of the Constitution is plain. There is no moral issue. It  
 is wrong – deadly wrong – to deny any of your fellow  
 Americans the right to vote in this country.

Auszug aus der Rede Johnsons: <http://www.lbjlib.utexas.edu/johnson/archives.hom/speeches.hom/650315.asp>

**M8 „Amerikas Wahlsystem ist undemo-  
 kratisch“, Interview von Majid Sattar mit  
 Amerika-Experte Ernst-Otto Czempiel,  
 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2001**

*Die Präsidentschaftswahlen 2000 endeten in einem Nach-  
 wahlchaos. Beide Kandidaten lagen nahezu gleich auf. Es  
 kam alles auf die Stimmen im Bundesstaat Florida an, in  
 dem George W. Bush zunächst einen hauchdünnen Vor-  
 sprung wenigen hundert Stimmen hatte. Al Gore verlangte  
 daraufhin eine erneute Auszählung von Stimmzetteln, die  
 für ungültig erklärt worden waren. Das Verfassungsgericht  
 des Staates Florida erlaubte die Auszählung dieser ca.  
 175 000 umstrittenen Wahlzettel. George W. Bush rief  
 daraufhin den Obersten Gerichtshof der USA an, der die  
 Nachzählung mit einer hauchdünnen Mehrheit von 5 zu  
 4 Richterstimmen stoppte. Bush wurden daraufhin die  
 Elektorenstimmen aus Florida zugesprochen. Die Wahl  
 war entschieden. Nach diesem Nachwahlschauspiel inter-  
 viewte die Frankfurter Allgemeine Zeitung den Amerikaex-  
 perten Ernst-Otto Czempiel, der zu diesem Zeitpunkt Vor-  
 standsmittglied der Hessischen Stiftung für Friedens- und  
 Konfliktforschung war.*

FAZ: Die rechtliche Legimation für die Präsidentschaft  
 hat George W. Bush erhalten. Die politische muss er  
 sich aber noch erwerben. Glauben Sie, dass er von Be-  
 ginn an eine „lame duck“ sein wird?

5 Czempiel: Das sicher nicht. Aber der Geburtsmakel wird  
 sehr lange an Bush haften. Das wird noch verstärkt da-  
 durch, dass die Mehrheitsverhältnisse im Senat immer  
 wieder ein Patt hervorrufen werden. Auch die Verbit-  
 terung auf demokratischer Seite wird nicht dazu bei-  
 tragen, dass es zu einer harmonischen Präsidentschaft  
 10 kommt.

FAZ: Verfassungsrichter John Stevens schrieb in seiner  
 abweichenden Meinung der entscheidenden Urteilsbe-  
 gründung, dass der eigentliche Gewinner der Wahl nie  
 15 ermittelt werden kann. Der Verlierer stünde allerdings  
 schon fest: die Richterschaft, die einen Vertrauensver-  
 lust erlitten habe. War es ein parteipolitisches Urteil?

20 Czempiel: Das muss man daraus schließen, dass es im  
 Endeffekt mit fünf zu vier Stimmen im Supreme Court  
 gefällt worden ist – gegen den Obersten Gerichtshof  
 von Florida. Der Supreme Court hat sich eingemischt

in eine Entscheidung, die nur dem Verfassungsgericht  
 in Florida zusteht. Die Überwachung der Wahl ist Lan-  
 desrecht und nicht Bundesrecht. Ich glaube, dass der  
 eigentliche Verlierer der Wahl der Supreme Court ist. 25  
 FAZ: Geht denn der Vertrauensverlust nicht weiter:  
 Wenn man sieht, dass die eher demokratischen Rich-  
 ter in Florida zu Gunsten Gores stimmen, der repu-  
 blikanisch orientierte Supreme Court in Washington  
 eher für Bush, das ebenfalls republikanisch dominierte  
 Landesparlament in Florida ein Gesetz auf den Weg  
 bringt, das die Wahlmänner festlegen soll und sich die  
 beiden Kandidaten in den Medien auf subtile Weise  
 bekämpfen – muss man da nicht von einem Vertrau-  
 ensverlust aller demokratischen Institutionen in Ame-  
 30 rika sprechen? 35

Czempiel: Das wird sich erst in einiger Zeit ablesen las-  
 sen. Zunächst einmal ist die Tatsache, dass über fünf  
 Wochen über das Wahlergebnis gestritten worden ist,  
 ein Zeichen für demokratische Reife, vielleicht sogar 40  
 für Überreife. Je totalitärer ein Regime ist, desto schnel-  
 ler ist es mit Entscheidungen. Aber der Supreme Court,  
 da stimme ich zu, muss sich vorwerfen lassen, dass er  
 sich hat politisieren lassen. Das hatte der Oberste Ge-  
 richtshof bisher immer strikt vermieden. Er hätte sagen 45  
 müssen, das ist Sache der Kollegen in Florida.

FAZ: Kann die Vorzeige-Demokratie Amerika, die gerne  
 ihr politisches System als einzig wahres anpreist, über-  
 haupt noch so sendungsbewusst auftreten? Heißt es  
 nicht nunmehr: von Amerika lernen, heißt Chaos lern- 50  
 en?

Czempiel: Es wird sicherlich seine Folgewirkungen in  
 der Welt haben. Amerikas Anspruch, nicht nur die äl-  
 teste, sondern auch die beste Demokratie zu sein, hat  
 nachhaltig gelitten. Ob sich dadurch der politische 55  
 Einfluss Amerikas mindert – das wage ich zu bezweifel-  
 n. Wer nämlich schon früher amerikanische Wahlen  
 beobachtet hat, der hat festgestellt, dass es mit der  
 amerikanischen Demokratie nicht so weit her ist: Nur  
 60 50 Prozent der Bevölkerung geht zu den Wahlen. Das  
 wird von den meisten Demokratien weit übertroffen.  
 Das wird Amerika nicht daran hindern, weiter zu be-  
 haupten, dass der „American way of life“ die Segnung  
 der Welt darstellt. Seine Wirtschaftsleistung und seine

65 militärische Macht werden diesem Anspruch auf Sendungsbewusstsein weiterhin Durchsetzungsvermögen verleihen.

FAZ: Das Selbstbewusstsein ist die eine Seite, die Wirkung die andere: Werden es Machthaber in Fassaden-demokratien künftig leichter haben, sich nicht mehr von Amerika belehren zu lassen?

70 *Czempiel:* Sicherlich hat der Anspruch Amerikas, der Lehrmeister der Demokratie zu sein, gelitten. Der wird sich auch so schnell nicht wieder herstellen lassen.

75 Dazu wäre eine Reform des amerikanischen Wahlsystems nötig, das 200 Jahre alt ist und mit den Wahlmännern ein Element der Verzerrung des Wählerwillens in sich trägt, das schlicht und simpel behoben werden muss. Gore hat 340 000 Stimmen mehr als Bush. Und trotzdem liegt er hinten.

80 *FAZ:* Aber dieses Phänomen gibt es doch auch in Großbritannien, bei einem gänzlich anderen Wahlsystem ohne Wahlmännergremium. Hat nicht die zweistufige Wahl in den USA eine föderale Funktion?

85 *Czempiel:* Die föderale Komponente hat diesem Wahlsystem immer inne gewohnt. Das muss sich auch nicht

unbedingt ändern. Aber im Gegensatz zu dem Beispiel Großbritanniens kommt bei den Wahlmännern noch hinzu, dass nicht nur die Stimmen, die auf den Verlierer entfallen sind, keine Wirkung erzielen, sondern noch dem Sieger zugeschlagen werden. Das heißt, die Verzerrung potenziert sich. Und das ist undemokratisch.

90 *FAZ:* Das heißt, man müsste das Wahlsystem an den Standard von Nebraska anpassen, wo die Wahlmänner proportional verteilt werden.

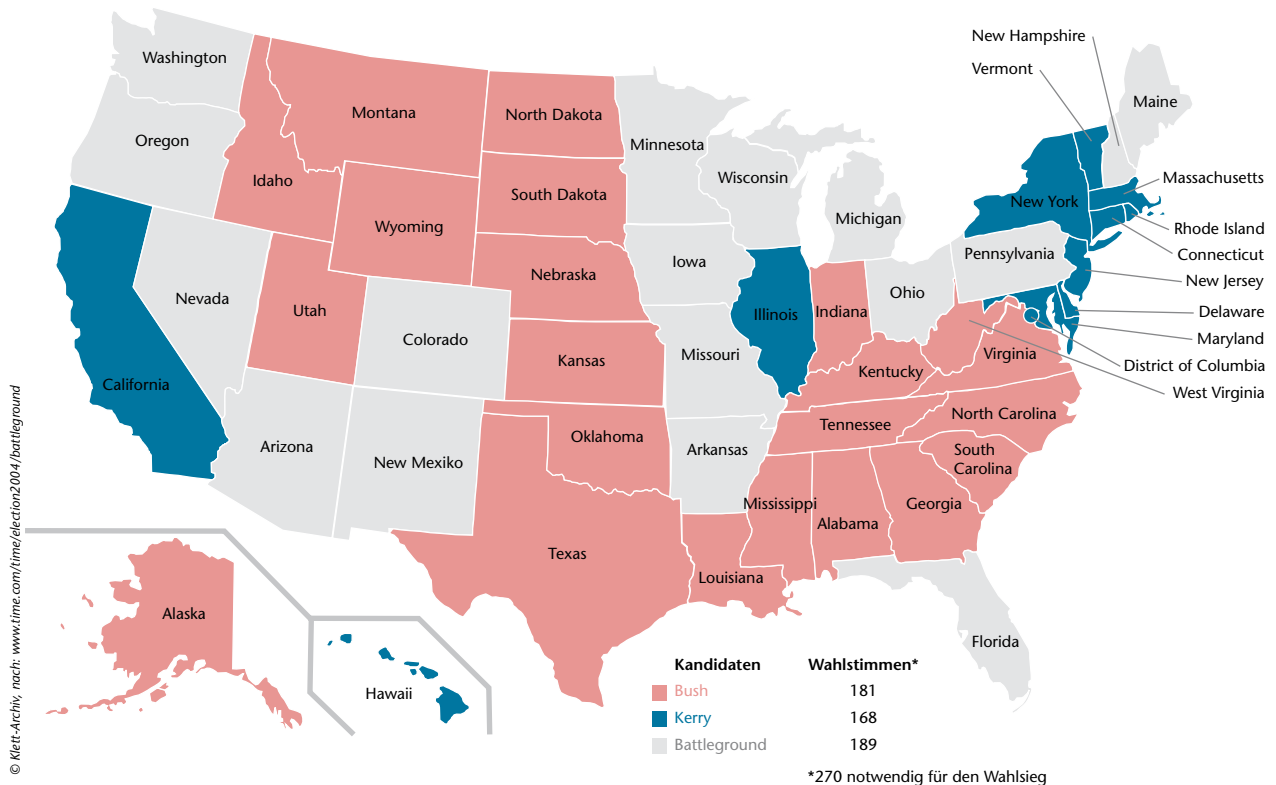
95 *Czempiel:* Richtig. Das wäre eine Lösung.

*FAZ:* So heilig den Amerikanern ihre Verfassung ist und so kompliziert der Verfassungsänderungsprozess – glauben Sie wirklich, dass es dazu kommt?

100 *Czempiel:* Man wird das Wahlmännersystem nicht abschaffen können, aber der Verfassungstext sagt nichts darüber aus, ob die Stimmen alle an den siegreichen Kandidaten gehen müssen. Insofern könnten die Stimmen proportional aufgeteilt werden. Das sollte man machen. Und ich denke, darauf wird es auch hinauslaufen.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2001*

**M9 Die „Battleground States“ der Präsidentschaftswahl 2004 zwischen George W. Bush (Republikaner) und John Kerry (Demokrat)**



**Arbeitsvorschläge:**

1. Alexis De Tocqueville spricht davon, dass es die Bürger in den USA sind, die das Land regieren (M4). Voraussetzung dafür ist jedoch die uneingeschränkte Teilhabe an Wahlen. Erstellen Sie eine Übersicht über die schrittweise Ausweitung des Wahlrechts in den Vereinigten Staaten.
2. Informieren Sie sich über das Leben der ersten Frauenrechtlerinnen Elizabeth Cady Stanton und Susan B. Anthony. Erstellen Sie Portraits über diese Frauen. Berücksichtigen Sie dabei besonders ihre soziale Herkunft und die Formen ihres politischen Protests (M5, M6).
3. Präsident Johnson erwähnt in seiner Rede explizit die Proteste von Bürgerrechtlern in Selma, Alabama. Informieren Sie sich detailliert über die Demonstration am 7. März 1965, die als „Blutiger Sonntag“ in die Geschichte der USA einging (M7).
4. Ernst-Otto Czempel bezeichnete das heutige amerikanische Wahlsystem als undemokratisch. Klären Sie zunächst, was sie unter demokratischen Wahlen verstehen. Diskutieren Sie die These von Prof. Czempel danach in einem Essay (M8).
5. Recherchieren Sie, wie der Bundespräsident in Deutschland gewählt wird. Diskutieren Sie, welche Macht und Einflussmöglichkeiten er in unserem politischen System hat.
6. Sammeln Sie Informationen zum jüngsten Präsidentschaftswahlkampf in den USA. Erstellen Sie ein Profil der Kandidaten, ihrer Programme und ihrer Wahlkampfstrategien. Präsentieren Sie Ihre Recherchen in einem Kurzvortrag.
7. In den Vereinigten Staaten müssen Kandidaten einen komplizierten Prozess der parteiinternen Auslese durchlaufen. Informieren Sie sich über die Geschichte von Vorwahlen in den USA. Warum wurden sie eingeführt? Wie hat sich das Vorwahlsystem bis heute ausgestaltet? Welche Konsequenzen hat es für Kandidaten und Parteien?
8. Immer wieder gibt es Diskussionen über eine Reform des Systems der Präsidentschaftswahlen. Bilden Sie Gruppen und stellen Sie sich vor, sie seien Mitglieder einer Kommission zur Reform des Wahlrechts. Erarbeiten Sie konkrete Reformvorschläge und präsentieren diese vor der Klasse.